

Mahnungen zum 50. Jahrestag des ersten Atomtests

In Göttingen fordern Wissenschaftler die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und verurteilen die französischen Atomtests.

Als Wissenschaftler vor 50 Jahren, im Morgengrauen des 16. Juli 1945, die erste Atombombe in der amerikanischen Wüste von New Mexico zündeten, waren viele von ihnen über die ungeheure Vernichtungskraft dieser Waffe zutiefst erschrocken. Auch heute fühlen sich Forscher verantwortlich für die Folgen dieser Entwicklung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft, die Göttinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung, die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler nahmen deshalb den 50. Jahrestag des ersten Atomtest nicht nur zum Anlaß, an die historischen Ereignisse zu erinnern, sondern auch ihre Stimme in der aktuellen Diskussion um die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die französischen Atomtests warnend zu erheben.

In Göttingen trafen sich am 13. und 14. Juli Fachleute zu einem Expertengespräch mit dem Thema: *"Die sichere Eingrenzung der zivilen Nutzung der Kerntechnologie gegen militärische Anwendungen - Möglichkeiten und Grenzen"*. Über die zivile Forschung mit spaltbarem Material gingen die Meinungen der Fachleute aus Hochschule, Industrie und Forschungsinstituten auseinander. Dennoch gab es einen Konsens zwischen den rund 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, daß bei der Einführung neuer technischer Systeme, z. B. neuer Reaktortypen, die Sicherheit gegenüber einer Weiterverbreitung von Atomwaffen ein wesentliches Kriterium sein muß. So hilfreich die durch den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) geforderten Kontrollen auch wirkten, so waren sich die Experten doch auch darüber einig: "Wenn ein Staat, der eine ausgebaute Kerntechnologie hat, Atomwaffen bauen will - aus welchem Grund auch immer, notfalls auch geheim -, so wird er dazu auch in der Lage sein." Das Zustandekommen eines solchen Gesprächs wertet [REDACTED] einer der Initiatoren des Gesprächs, als "einen wichtigen Schritt zu einer Diskussionskultur,

wie wir sie in Deutschland für die Auslotung von Problemfeldern dringend brauchen" (s. Anhang 1).

Die Teilnehmer nutzten den Anlaß auch, um sich in einem Brief an den französischen Präsidenten Jacques Chirac mit Nachdruck gegen die geplanten Atomtests auf dem Moruroa-Atoll auszusprechen (s. Anhang 2). Bereits 1989 hatte die Deutsche Physikalische Gesellschaft eine Resolution verabschiedet, in der sie Atomtests zu militärischen Zwecken entschieden verurteilt.

Zum Auftakt der offiziellen Gedenkfeier in der Aula der Göttinger Universität stellte Vizepräsident Rainer Kress nicht nur die Frage: "Was dürfen Wissenschaftler?", sondern auch: "Was dürfen Politiker?". Er sprach sich in diesem Zusammenhang für ein stärkeres deutsches Votum gegen die französischen Atomtests aus. Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker erinnerte sich als Zeitzeuge an den Schock, den er erhielt, als Otto Hahn ihm im Frühjahr 1939 erstmals von der Kettenreaktion bei der Uranspaltung berichtete. In einem Gespräch mit dem befreundeten Philosophen Georg Picht stellte er damals bestürzt fest, daß nun das Atomzeitalter begonnen hatte: "Wenn Atombomben möglich sind, dann wird es auch jemanden geben, der sie baut", und weiter: "Wenn die Bombe gemacht ist, wird es jemanden geben, der sie einsetzt". Von Weizsäcker folgerte daraus: "Die Institution des Krieges muß überwunden werden, oder die Menschheit wird sich selbst zugrunde richten". Von Weizsäcker hatte sich zum ersten Mal 1957 zusammen mit anderen Wissenschaftlern, unter ihnen Otto Hahn und Werner Heisenberg, in der sogenannten "Erklärung der Göttinger 18" gegen eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr eingesetzt.

Der in den USA lebende Physiker Victor Weisskopf warnte in einer Video-Ansprache: "Die Welt darf nicht länger auf Bomben leben". Der heute 86-jährige Physiker hatte im "Manhattan Projekt" an der Entwicklung der amerikanischen Atombombe mitgearbeitet.

Der Ehrenpräsident der Deutschen und der Europäischen Physikalischen Gesellschaft, Werner Buckel, hob in seiner Rede die Verantwortung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Frieden hervor. Forscher seien wie niemand anders in der Lage vorherzusehen, welche Konsequenzen aus ihren Forschungsergebnissen entstehen könnten und deshalb dazu verpflichtet, vor negativen Konsequenzen zu warnen: "Was wir brauchen sind Wissenschaftler, die alle denkbaren Konsequenzen aufzeigen ohne Rücksicht darauf, ob dies den Geldgebern oder irgendwelchen starken Interessengruppen paßt oder nicht".

(Anhang 1):

"Die sichere Eingrenzung der zivilen Nutzung der Kerntechnologie gegen militärische Anwendungen - Möglichkeiten und Grenzen", Fachgespräch am 13./14.Juli 1995 in der Universität Göttingen, veranstaltet von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, der Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden", der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler sowie den Göttinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung

Erstes Resümee von Prof. [REDACTED] Karlsruhe

Zu dem Gespräch sind rund 40 Experten aus den verschiedenen Bereichen von Industrie, Forschungsinstituten und Hochschulen zusammengekommen.

Es wurden die für das Generalthema relevanten Fragen in engagierter Weise, zum Teil auch kontrovers, aber stets sachlich diskutiert. Das Zustandekommen eines solchen Gesprächs stellt, meiner Meinung nach, einen wichtigen Schritt zu einer Diskussionskultur dar, die wir in Deutschland für die Auslotung von Problemfeldern dringend brauchen. Diese Meinung wurde allgemein anerkannt.

Allgemeine Übereinstimmung ergab sich auch hinsichtlich der besonders sensiblen Punkte für die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Die Überwachungssysteme und die Tätigkeit der Kontrollorganisationen, zum Beispiel der IAEA (International Atomic Energy Organization), wurden eingehend diskutiert und für sehr gut befunden. Diese Kontrollen haben sicherlich in der Vergangenheit sehr dazu beigetragen, die Verbreitung von Atomwaffen zu verlangsamen. Sie sollten weiter aufrecht erhalten und jeweils dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik angepaßt werden.

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß bei der Einführung neuer technischer Systeme, z. B. neuer Reaktortypen, die Sicherheit gegenüber einer Weiterverbreitung von Atomwaffen ein wesentliches Kriterium sein muß.

So hilfreich die durch den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) geforderten Kontrollen auch wirkten, so waren sich die Experten doch auch darüber einig: "Wenn ein Staat, der eine ausgebaute Kerntechnologie hat, Atomwaffen

bauen will - aus welchem Grund auch immer, notfalls auch geheim -, so wird er dazu auch in der Lage sein."

Ob ein solcher Staat von der Völkergemeinschaft am Atomwaffenbau gehindert wird - letztlich notfalls auch mit Gewalt -, bleibt auch bei der ausgefeiltesten Überwachungstechnik eine politische Entscheidung. Die Völkergemeinschaft bleibt weiterhin in der Pflicht, alles zu tun, solche unerwünschten Entwicklungen schon im Vorfeld durch Kontrollen und entsprechende Ausfuhrverbote zu verhindern.

Diese Übereinstimmung in generellen Fragen - trotz der sehr unterschiedlichen Beurteilung von Einzelfragen - war für mich ein Erlebnis besonderer Art.

(Anhang 2):

**Offener Brief an den Präsidenten der Französischen Republik,
Jacques Chirac**

Zum 50. Jahrestag des ersten Atomwaffentests, der am 16. Juli 1945 in der Wüste von Neu-Mexiko stattfand, haben sich die Deutsche Physikalische Gesellschaft, die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" sowie die Göttinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung gemeinsam in Göttingen zu einem Fachgespräch über "Die sichere Eingrenzung einer friedlichen Nutzung der Kerntechnologie gegen militärische Anwendung" zusammengefunden.

In der öffentlichen Abschlußveranstaltung "Wissenschaft in der Verantwortung" haben wir den folgenden Brief verlesen. Er wurde mit großer Zustimmung aufgenommen:

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ihre Ankündigung, mit einer neuen Testserie in Moruroa die Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen und damit das 1992 verkündete Moratorium aufzukündigen, erschreckt und bedrückt uns.

Es sind erst zwei Monate vergangen, seit in einer großen solidarischen Anstrengung der Völkergemeinschaft eine unbefristete Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages von Kernwaffen erfolgreich beschlossen wurde. Die Nichtkernwaffenstaaten haben letztlich ihre verbliebenen großen Bedenken zurückgestellt, weil die Kernwaffenstaaten versicherten, bei weiteren Tests "äußerste Zurückhaltung zu üben". Zu unserem großen Bedauern und unter dem Protest der Völkergemeinschaft ist die Volksrepublik China durch einen Kernwaffentest kurze Zeit danach ausgescherft. Daß Frankreich diesem Beispiel nachfolgen will, bestürzt uns.

Die wissenschaftlichen und militärischen Argumente, die Sie, Herr Präsident, zur Rechtfertigung dieses Schrittes vorbringen, haben uns nicht überzeugt. Sie

spiegeln für uns eine Haltung aus der Zeit des Kalten Krieges wider, die durch die Abschreckungsdoktrin geprägt war. Für eine Kontrolle der Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit von Kernwaffen sollten die Erfahrungen von über 200 französischen Atomtests und Laborversuchen ausreichen. Ziele der geplanten Versuche sind vielmehr eine Weiterentwicklung der Kernwaffen, insbesondere solcher kleineren Gewichtes und geringerer Sprengkraft mit höherer Zielgenauigkeit. In diesem Zusammenhang wird durch hydronukleare Tests, Computer-Simulationen und Laserfusions-Experimente ein Ersatz unterirdischer Tests zur Weiterentwicklung von Kernwaffen vorbereitet.

Das von den Nichtkernwaffenstaaten mit ihrer Forderung nach einem umfassenden Teststopp angestrebte Ziel einer letztlich kernwaffenfreien Welt wird durch Ihre Entscheidung, Herr Präsident, in ihrer Grundtendenz verfälscht. Damit wird im Gegensatz zum Geist des Teststoppvertrages der qualitative Rüstungswettlauf weiter getrieben. In unserer kleiner gewordenen Welt kann eine solche Entscheidung sich nicht mehr einfach auf staatliche Souveränität berufen. Durch den Nichtverbreitungsvertrag wurde von anderen Ländern vernünftigerweise abverlangt, ihrerseits zum Wohle aller einen Teil ihrer Souveränität zu opfern. Es alarmiert uns, daß gerade die Regierung einer europäischen Großmacht sich dieser offensichtlichen Vernunft verschließt. Erschwerend kommt dazu, daß diese Kernwaffenversuche in einer Region der Erde durchgeführt werden, die weit vom Mutterland Frankreich entfernt liegt und deren Menschen sich seit Jahren mit allen Mitteln vergeblich gegen die Mißachtung ihrer Interessen und die Gefährdung ihres Lebens gewehrt haben.

Gerade jetzt, da wir zum 50. Male der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki gedenken, appellieren wir mit großem Ernst an Sie, Ihre Entscheidung nochmals zu überdenken. Frankreichs Größe basiert nicht auf seiner nuklearen Abschreckung. Größe begründet sich vielmehr in einer Betonung der menschlichen Werte, wie sie Frankreich historisch vorbildlich vertreten hat. Größe dokumentiert sich auch in der Übernahme einer geistigen Führung in einer Welt, die verzweifelt nach einem Frieden strebt, einem Frieden, in dem alle Völker in wechselseitigem Respekt voneinander und miteinander leben können.

Wir wünschen Ihnen den Mut, Ihre Entscheidung rückgängig zu machen.

Mit respektvollen Grüßen

(gez.): Die Veranstalter, Göttingen 15. 7. 1995